

Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen

Bürgerinitiativen Umwelt Wathlingen und Uetze wenden sich mit Eingabe an den Niedersächsischen Landtag

Die Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen (BIUW) setzt sich für umweltverträgliche Lösungen für das Bergwerk und die Halde des ehemaligen Kali- und Steinsalzbergwerkes Wathlingen ein, insbesondere für den Schutz der Wohnbevölkerung.

Wie mit den Hinterlassenschaften des Bergbaus umgegangen wird, hat Auswirkungen für Generationen. Deshalb ist ein nachhaltiges und umweltverträgliches Gesamtkonzept für Bergwerk, Halde und umgebende Landschaft notwendig.

Die Politik vernachlässigt dieses Thema und die diesbezüglichen Probleme aus Sicht der BIUW schon seit Jahren. Allgemein zugängliche unabhängige Informationen zur Flutung des Bergwerkes, Versalzung durch die Halde und die geplante Abdeckung fehlen.

Dies ist bei einem Besuch von vier Mitgliedern der Bürgerinitiativen Umwelt Wathlingen und Uetze bei der Firma K-Utec in Sondershausen noch einmal sehr deutlich geworden. Beide Bürgerinitiativen kooperieren eng miteinander.

Sie haben jetzt zusammen dem Nds. Umwelt- und Landwirtschaftsministerium sowie dem Landesbergamt (LBEG) schriftlich umfangreiche Fragen gestellt. Darüber hinaus äußern sie in einer Eingabe an den Niedersächsischen Landtag grundsätzliche Bedenken an Kalihaldenabdeckungen, wie der in Wathlingen geplanten.

Ziel ist es, Informationen zu bekommen und zu erreichen, dass die Probleme im Zusammenhang mit Haldenabdeckungen und Flutungen von Bergwerken endlich die angemessene landespolitische Aufmerksamkeit bekommen.

Die Bürgerinitiativen wollen vom Umweltministerium u.a. wissen, ob das Land Niedersachsen überhaupt Ausweichdeponiekapazitäten hätte, wenn Wathlingen nicht genehmigungsfähig sein sollte.

Gibt es die Möglichkeit, die Ablagerung so genannten freigemessenen - also niedrig radioaktiven - Bauschutts aus dem Abriss von Akw's wenige hundert Meter von Siedlungsbereichen zu verhindern?

Der Landwirtschaftsminister wird um Auskunft gebeten, welche - unbedingt notwendigen - Maßnahmen bzw. Pläne es zur Verbesserung des Erhaltungszustandes insbesondere der Auwaldbereiche und der Gewässer des Naturschutzgebietes Brand gibt. Was aber würde eine Wiedervernässung für die nur wenige hundert Meter entfernt geplante Deponie bedeuten?

Vom Landesbergamt wollen die Bürgerinitiativen u.a. wissen, wie bei einer Flutung mit Süßwasser, wie bisher in Wathlingen praktiziert, wilde Hohlraumbildungen vermieden und die Sicherheit des Grubengebäudes gewährleistet werden sollen. Gibt es ein Konzept, wie die im Bergwerk eingelagerte Munition und die chemischen Kampfstoffe sicher verwahrt werden können?

Welche Erkenntnisse gibt es zur Grundwasserversalzung durch die Salzhalde, der nach Kenntnis der Bürgerinitiativen jegliche Abdichtung nach unten fehlt und auch nach der geplanten Abdeckung fehlen würde.

Was weiß das Bergamt über Bodensenkungen, von denen die Kolonie wohl maßgeblich betroffen wäre?

Dem Landtag gegenüber werden grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der Abdeckung von niedersächsischen Halden mit Deponien für verschiedenste erheblich schadstoffbelastete Materialien geltend gemacht. Für die Bürgerinitiativen stellt dieses Konzept eine klassische Verschlimmbesserung dar. Auf Dauer wird die

Auflösung der Halde nur verzögert und am Ende wird eine Mischung aus Millionen Tonnen Salz und Giftstoffen Menschen und Umwelt belasten.

Aber auch schon bei Errichtung und Betrieb der Deponie wird durch die damit verbundene Lärm-, Staub-, Schadstoff- und Verkehrsbelastung eine faktische Teileignung der Immobilieneigentümer, insbesondere im Bereich Wathlingen-Kolonie und an den Durchgangsstraßen Wathlingens, Nienhagens und Hänigsens durch sinkende Immobilienwerte oder Unverkäuflichkeit von Immobilien die Folge sein.

Die Betroffenen hätten also nicht nur mindestens 20 Jahre lang den zusätzlichen Schwerlastverkehr, der durch die Dörfer führen soll und gesundheitliche Risiken zu tolerieren. Darüber hinaus müssten sie für die Gesellschaft ein großes finanzielles Sonderopfer erbringen.

Ohne die vorhandene Halde würde wohl niemand auf die Idee kommen, eingeklemmt zwischen Siedlung und Naturschutzgebiet eine Deponie zu errichten.

Es gibt Alternativen, die betrachtet werden müssen. Die Verbringung der Halde unter Tage durch Spülversatz oder die vermutlich kostenneutrale Verwertung für Industriesalz.

Politik und Gesellschaft müssen aus Sicht der Bürgerinitiativen endlich die Verantwortung für die Hinterlassenschaften des Bergbaus übernehmen, statt sie zukünftigen Generationen zu überlassen.

Die Bürgerinitiativen fordern einen Stopp der Flutung des Bergwerkes und der Planungen für die Abdeckung der Halde Wathlingen mit einer Deponie, um zu verhindern, dass immer weiter Fakten geschaffen werden. Nur so kann die überfällige öffentliche Diskussion ermöglicht werden. Eine Fortführung wäre aus Sicht der Bürgerinitiativen angesichts der Menge aktuell offener Fragen schlicht verantwortungslos.

Die Bürgerinitiativen Umwelt Wathlingen und Uetze erwarten nun, dass die zuständigen Stellen des Landes auf ihre Fragen zügig antworten, damit die Bevölkerung noch vor Beginn des Genehmigungsverfahrens endlich umfassend informiert wird.

Informationen unter www.biuw.de

Kontakt unter biumweltwathlingen@t-online.de

Holger Müller (Bürgerinitiative Umwelt Wathlingen)